

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Zeit- und Versammlungsinserate kosten pro Zeile 25 Pf. — Geschäftsinsinsete werden nicht angenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Theodor Wagner; Druck: H. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, hiesig in Böckum, Biemelhauser Straße 38—42. Telefon-Nr. 98 u. 80. Telegr.-Adr.: Altkreis Böckum.

Eingaben der Bergarbeiterverbände.

Böckum, Essen, Oberhausen, den 11. August 1916.

An den Vorstand des Bechenverbandes in Essen, Biemarckstraße.

Die unterzeichneten Organisationsvorstände ersuchen den Bechenverband, die ihm angeschlossenen Werke zu veranlassen, eine angemessene Aufbesserung der Gedingelöhne und der Schichtlöhne vorzunehmen. Vor allen Dingen bitten wir, die niedrigsten Entlohnungen, besonders auch die Tagesarbeiter, am meisten zu berücksichtigen.

Infolge der gewaltigen Lebensmittelpreissteigerung und der dementsprechend gesunkenen Kaufkraft des Geldes ist die Lebenshaltung der Bergarbeiter erheblich schlechter geworden. Das ist für die Bergarbeiter und ihre Familien äußerst bedauerlich, beeinträchtigt auch in bedenklichem Maße die gerade jetzt so notwendige Leistungsfähigkeit der Belegschaften. Die Grubenverwaltungen haben doch ebenfalls das größte Interesse an einer gelassenen und arbeitsfreudigen Arbeiterkraft. Bei den jetzigen hohen Lebensmittelpreisen und den vorhandenen Ernährungsschwierigkeiten ist es ausgeschlossen, daß die Bergarbeiter bei der jetzigen Entlohnung die an sie gestellten großen Anforderungen auf die Dauer erfüllen können.

Aus diesem Grunde ist bereits in fast allen Arbeiterausschüssen des letzten Vierteljahres eine Lohnaufbesserung verlangt worden. Vielfach haben in diesen Sitzungen die Werksverwaltungen nur allgemein erklärt, daß der Lohn gestiegen sei und weiter steigen würde. Auf einer Anzahl von Werken wurden die Ausschussmitglieder auf den angeblich bereits vorhandenen hohen Durchschnittslohn verwiesen.

Wir wollen gern anerkennen, daß der Lohn in die Höhe gegangen ist. Um den Vergleichen aber dauernd das wirtschaftliche Durchhalten zu ermöglichen, müssen die Löhne noch eine wesentliche Steigerung erfahren. Was den Durchschnittslohn anbetrifft, so muß hierbei berücksichtigt werden, daß nicht alle Vergleiche denselben verdienen. Der größere Teil der Belegschaftsmitglieder bleibt unter dem Durchschnittslohn ihrer Klasse. Die Lohnstatistik für das 2. Vierteljahr 1916 ist bis jetzt noch nicht erschienen. Nach der Veröffentlichung für das 1. Vierteljahr 1916 betrug der Durchschnittslohn für die eigentlichen Bergarbeiter im Ruhrbergbau 7,62 Mk. Wenn auch im 2. Vierteljahr wiederum eine Steigerung des Lohnes eingetreten ist, so kann dieselbe erfahrungsgemäß doch nicht als ausreichend bezeichnet werden.

Von mehreren Grubenverwaltungen wurde den Bauern in der letzten Zeit ein Durchschnittslohn von 9 Mk. pro Schicht zugesichert. Wir sind auch der Auffassung, daß ein Bauerlohn unter 9 Mk. in der jetzigen Zeit nicht mehr zum Leben ausreicht. Trotzdem werden uns aber noch Bechen genannt, auf denen Bauerlöhne von 6 bis 7 Mark, sogar unter 6 Mark ausbezahlt wurden.

Ganz besonders haben dann die Schichtlöhner, sowohl über wie unter Tage, eine Aufbesserung ihres Lohnes dringend notwendig. Sie sind bisher bei der Lohnsteigerung leider viel zu wenig berücksichtigt worden. Dies ergibt sich schon aus der Lohnstatistik des 1. Vierteljahres 1916. Der Durchschnittslohn der sonstigen unterirdischen Arbeiter betrug 5,15 Mk., der Durchschnittslohn der erwerbsfähigen männlichen Tagesarbeiter 4,98 Mk. Zu solchen Löhnen müßte eine ganz erhebliche Zulage kommen, um auch diesen Arbeitern und ihren Familien die außerordentlichen Steuerungszeit einermachen erträglich zu machen.

Bezüglich der von den Bechen gezahlten Kinderzulage bitten wir, dieselbe überall im Lohnbuch besonders aufzuführen, da wir erfahren haben, daß die Kinderzulage teilweise in der Berechnung des Durchschnittslohnes einbezogen ist.

Anschließend daran gestatten wir uns noch die Bitte, bezüglich der Lohn- und Abschlagszahlung eine Milderung eintreten zu lassen. Wir bitten, die Lohnzahlung so zu regeln, daß in der Zeit vom 25. bis 30. die Abschlagszahlung für den laufenden Monat erfolgt, in der Zeit vom 10. bis 15. des neuen Monats die eigentliche Lohnzahlung. Bei der jetzt bestehenden Art der Zahlung, müssen diejenigen Arbeiter, die am 1. des Monats die Arbeit aufnehmen, volle sechs Wochen warten, ehe sie eine Lohnzahlung erhalten. Bei der beantragten Milderung würde sich die Wartezeit wesentlich verkürzen. Besonders für die nach Beendigung des Krieges zur Arbeit zurückkehrenden Bergarbeiter würde das eine erhebliche Besserung bedeuten.

Schließlich haben wir dann noch einen Wunsch bezüglich der Einkellierung von Kartoffeln. Im Ruhrgebiet ist die Bevölkerung gewöhnt, im Herbst den Kartoffelbedarf bis zur nächsten Ernte einzukellern. Das wird ihr in diesem Jahre wegen der herrschenden Teuerung schwer werden und vielfach unmöglich sein. Die meisten Arbeiter werden das notwendige Geld nicht zusammenbringen können. Es sind deshalb Maßnahmen notwendig, um der Bergarbeiterkraft das Einkellern zu ermöglichen. Die Werksverwaltungen haben ja auch schon früher bezüglich der Kartoffelverforgung erleichternde eingegriffen. Wir bitten daher, daß sie auch in diesem Jahre in entgegenkommender Weise die Kartoffelverforgung ihrer Arbeiter übernehmen. Den Arbeitern könnten so die notwendigen Kartoffeln zu Vorzugspreisen geliefert und eine bequeme Katenzahlung gestattet werden. Es wäre das eine erfreulich wirkende soziale Kriegsmäßnahme.

Wir hoffen bestimmt, daß unsere Anträge geneigte Berücksichtigung finden, zumal ja die Geschäftslage im Bergbau ein Entgegenkommen in der Lohnfrage recht gut gestattet. Jedenfalls würde die Erfüllung unserer Wünsche die Bergarbeiter besser in den Stand versetzen, ihre gerade in der gegenwärtigen ersten Zeit besonders notwendige körperliche Leistungsfähigkeit auch im bauerländischen Interesse aufrecht zu erhalten.

Mit hochachtungsvollem Glück auf!

Gewerkverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands.

J. A.: Vogelhang.

Polnische Berufsvereinigung (Abteilung Bergarbeiter).

J. A.: K. Mantowski.

Gewerkverein der Bergarbeiter (Girisch-Lunder).

J. A.: Schmidt.

Verband der Bergarbeiter Deutschlands.

J. A.: S. Sacke.

Böckum, Essen, Oberhausen, den 11. August 1916.

An das Kriegsernährungsamt zu Berlin.

Die ergebenst Unterzeichneten haben sich schon teils persönlich, teils schriftlich bei dem Kriegsernährungsamt darüber beschwert, daß die gelben Werksvereine Lebensmittel aller Art, auch solche, die behördlich rationiert sind, an ihre Mitglieder verkaufen. Einzelne Bechen bei Essen haben das neuerdings verboten, weil die Belegschaften wegen dieser Bevorzugung, der die Bechenverwaltungen offensichtlich Vorzugs leisten, so erregt waren, daß auf zwei Bechen sogar gestreift wurde. In Essen sind auch, wie uns mitgeteilt wurde, bei den Gelben kürzlich 12 Zentner Butter beschlagnahmt worden. Trotz alledem verteilen die gelben Werksvereine jene Waren weiter, also auch immer noch rationierte Lebensmittel. Eine Anzahl Bechen stellen den Gelben sogar besondere Räume für die Verteilung zur Verfügung. Die Belegschaften glauben deshalb, daß auch die Waren mit Hilfe der Bechen oder ihrer Bechen-Konsumanstalten den Gelben zugehoben werden. Schon das macht böses Blut.

Wenn die gelben Vereine es machen wie die Konsumvereine, d. h. nur jedem Mitglied den zuständigen (rationierten) Teil geben würden, so wäre dagegen nichts einzutenden. Aber das tun die Gelben nicht. Sie geben immer noch Waren ab, ohne nach der behördlichen Rationierung zu fragen. Sie treten also die behördlichen Verordnungen mit Füßen. Es empört die anderen Arbeiter mit Recht, daß so die Mitglieder der Gelben ersichtlich mit Hilfe der Bechen eine besondere Bevorzugung genießen.

So wurde nach uns gemachten Meldungen noch am 7. Aug. auf Beche Carolinen Glück in Böckum von den Gelben Mehl, Wurst, Käse, Kaffee-Erbsen und Marmelade an die Mitglieder abgegeben. Auf Beche Dannerbaum I bei Böckum werden noch jeden Sonnabend Eier, Butter, Marmelade usw. an die Gelben verkauft. Auf Beche Gustav in Essen wurden Seife, Käse und Kaffee-Erbsen von den Gelben an ihre Mitglieder, für die Belegschaft der Beche Viktor Matthias in Essen am 4. August an die gelben Mitglieder in der Wohnung des Vorstehenden Terjunga, Hermannstraße 50, Seife, Heringe und Kaffee-Erbsen abgegeben. Auch in der Wohnung des gelben Vorstehenden Wölfsen in Stoppenberg bei Essen, Glückstraße 7, wurden, gleichfalls dieser Tage, noch Seife, Grießmehl, Käse und Marmelade an die gelben Belegschaftsmitglieder der Stinnesche Ernestine verkauft.

Neben Mehl, Fleisch, Wurst, Eiern, Butter, ist auch Seife hier rationiert. Wir bitten das Kriegsernährungsamt dringend, Ordnung zu schaffen und für eine gerechte, strenge, gleichmäßige Verteilung Sorge zu tragen.

Aber auch bei der direkten Verteilung von Lebensmitteln seitens der Bechenverwaltungen haben sich beunruhigende Mißstände bemerkbar gemacht. Der vom Kriegsernährungsamt angewiesene Speck (1 Kilogramm für jeden Arbeiter) ist nicht nur zu den verschiedensten Preisen von den Bechen abgegeben worden — der Preis schwankte zwischen 2,80—4,00 Mk. —, sondern viele Bechen haben nur 1 Pfund, manche auch nur 1 1/2 Pfund statt 2 Pfund hergegeben. Die Beche Matthias Stinnes in Carnap gab den Speck nur an Leute, die vier Kinder und darüber haben. Die Mißwirtschaft der Arbeiter über diese Mißwirtschaft ist wirklich groß.

Ebenso ist die Verteilung der Brot-Zusatzmarken für die Vergleute eine sehr willkürliche, weil ungleich und ungerecht. Manche Bechen geben pro Woche nur für 2 Pfund Brot-Zusatzmarken aus, andere 3 Pfund und wieder andere 3 1/2 Pfund und 4 Pfund. Einige Bechenverwaltungen stellen sogar die Ausgabe von Brotzusatzmarken wieder ein, angeblich infolge behördlicher Verfügung. Ebenso werden die schon früher angewiesenen Brot-Zusatzmarken für Ueberständigen noch immer nicht einheitlich abgegeben. Für eine halbe Ueberständigen wird überall eine 1/2-Pfundmarke, für eine ganze Ueberständigen (Nebenständigen genannt) wird von vielen Bechen nur 1/2 Pfund, von vielen Bechen aber wird, wie es auch richtig ist, eine Marke für 1 Pfund Brot abgegeben.

Wir bitten das Kriegsernährungsamt, die Bechen anzuweisen, für eine ganze Ueberständigen (Nebenständigen genannt) auch ein ganzes Pfund Brot anzugeben und die besondere Brotmenge einheitlich für alle Bechen und Bergarbeiter zu regeln.

Die Tagesarbeiter beklagen sich sehr bitter, daß sie meist weder Speck noch besondere neue Brotmarken, ja meist nicht einmal Hülsenfrüchte erhalten, obwohl viele von ihnen recht schwere Arbeit über Tage verrichten müssen. Wenn es auch richtig ist, daß viele Tagesarbeiter sich mittags Essen bringen lassen können, so ist das doch bei vielen wegen der stundenweit abliegenden Wohnung nicht möglich. Namentlich empfinden die Leute es hart, daß sie gleich 2 bis 3 1/2 Pfund Brot für die Woche weniger erhalten. Wir bitten auch hierin Wandel zu schaffen.

Dann geben die Bechenverwaltungen auch sehr ungleichmäßig und zu sehr stark abweichenden Preisen in allen Bergrevieren noch andere Lebensmittel an die Belegschaften ab. Wir könnten hier auf Wunsch eine Menge von Beispielen anführen. Diese ungleiche Abgabe ist sehr willkürlich und reizt die Arbeiter stark auf. Auf manchen Bechen werden wirklich Lebensmittel verkauft, auf manchen anderen wieder wenig oder gar nichts. Auch sind, wie bereits erwähnt, die Preise außerordentlich verschieden. Das alles erzeugt nur Mißgunst bei denen, welche nichts erhalten oder die manchmal fast doppelt hohe Preise für dieselben Waren zahlen müssen als auf Nachbargleichen zu zahlen sind.

Um diesem Wirrwarr ein Ende zu machen, bitten wir dringend, den Bechen nur die Brotmarken für Ueberständigen zu belassen und, wie vorher vorgehlag, geordnet abgeben zu lassen. Die Verteilung von Fett, Fleischwaren, Hülsenfrüchten usw. für die Schwerarbeiter sollte nur durch die Gemeinden geregelt werden, damit eine gleichmäßige Menge zu einheitlichen Preisen an die in Frage kommenden Schwerarbeiter gelangt. Die Organisation dieser Verteilung durch die Gemeinden macht keine große Arbeit. Die meisten Gemeinden haben doch den Lebensmittelverkauf jetzt schon organisiert.

Ueber die viel zu hohen Kartoffelpreise herrscht großer Mißmut. Daß die Preise für Frühkartoffeln viel zu hoch sind, be-

weist die zeitweilige Ueberschwemmung des Kartoffelmarkts. Auch die Preise für die Winterkartoffeln wären nach allgemeiner Ansicht mit 4 Mark, höchstens mit 4,50 Mark pro Zentner von Konsumrenten sehr reichlich bezahlt. Wir bitten, die Preise dementsprechend zu ändern, mindestens aber dafür zu sorgen, daß der Höchstpreis 4,75 Mark frei Keller nicht übersteigen darf. Wir bitten ferner, den Februarpreis ebenfalls namhaft herabzusetzen, nicht nur, weil er viel zu hoch ist, sondern auch deshalb, weil er die Gefahr in sich birgt, daß im Herbst die Kartoffeln wieder recht knapp geliefert oder gar zurückgehalten werden. Schließlich kann auch starker Frost im Februar das Deffnen der Wägen verbieten und wie im vergangenen Frühjahr aus diesem Grunde ein starker Kartoffelmangel eintreten. Darum ist den Arbeitern im Herbst das Einkellern der Kartoffeln in der vor dem Kriege üblichen Weise stärker zu ermöglichen.

Schließlich wollen wir nochmals, wie wir das anfangs Juni schon in der Sitzung im Reichstag persönlich taten, dringend bitten, den Verkauf der sogenannten Auslandsware zu höheren Preisen für Händler, Private und Werke ganz zu verbieten. Ist wirklich vom Ausland bezogene Ware nur zu höheren Preisen erhältlich gewesen, so soll das Geschäft nur von der Zentral-einkaufsgesellschaft vollzogen und der Verkauf in gleichmäßigen Quantitäten seitens der Gemeindeverwaltungen an die Konsumenten zum Selbstkostenpreise vollzogen werden. Die Erfahrung zeigt ja, welcher Unfug mit solcher oft nur angeblich vom Ausland bezogener Ware von den Händlern und Privatleuten getrieben wird. Es erregt auch das ärmere Bevölkerung noch besonders, wenn der besser Bemittelte Bürger sich solche teure Auslandswaren, seien es Fleischwaren, Butter, Mehl, Eier usw. kaufen kann und der arme Mann bekommt nur seine ungenügende Ration. Oft kann er diese nicht einmal erhalten, während der besser Bemittelte sich genügend solche oft nur angebliche Auslandsware beschafft. Wir bitten dringend, diesen Unfug endlich gütig zu beseitigen.

Mit hochachtungsvollem Glück auf!

Verband der Bergarbeiter Deutschlands.

J. A.: Sacke.

Gewerkverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands.

J. A.: Vogelhang.

Polnische Berufsvereinigung der Bergarbeiter.

J. A.: Mantowski.

Gewerkverein der Bergarbeiter (S.-D.).

J. A.: Schmidt.

Böckum, Essen, Oberhausen, den 11. August 1916.

An das Kriegsministerium zu Berlin.

Bei der persönlichen Aussprache am 29. Juli wurde seitens des Herrn Leutnants Dr. Tiburtius der Wunsch geäußert, die Bergarbeiterverbände sollen sich gutachtlich über die Ausgabe warmen Essens auf den Bergwerken äußern.

Die vier unterzeichneten Bergarbeiterverbände kommen hiermit dem Wunsche nach.

Sie können sich für Ausgabe warmer Speisen auf den Bechen nicht aussprechen, weil sie technisch kaum ausführbar, aber auch unpraktisch ist. Erstens ist meist dreimaliger Schichtwechsel für die unterirdische Belegschaft üblich. Die Tagesarbeiter nehmen meist von 12 bis 1 Uhr ihr Mittagessen ein. Die Frühlicht fährt fast durchgängig von 1 1/2 bis 2 1/2 Uhr aus, während die Nachmittagslicht von 1 bis 2 Uhr einfährt. Eine gleichmäßige Mittagessenszeit ist also schon nicht möglich. Bei einmaligem Schichtwechsel oder Verfahren von Ueberständigen ist die Tagesbelegschaft 10 bis 12 Stunden in der Grube. Das Essen in die Grube zu senden, ist erst recht unausführbar. Die Transportwege sind da viel zu ausgedehnt, auch fehlen dazu geeignete Transportgefäße. Würde aber auf der Beche trotz alledem die Ausgabe vorgenommen, so bekämen die nichts, die Nachmittagslicht haben, und was das wichtigste ist, die Familienmitglieder hätten auch nichts.

Nehmen aber die Gemeinden das Austeilen warmer Speisen in die Hand, so können ziemlich alle, trotz der Wechsellicht, ihr Essen holen und mit der Familie verzehren. Diejenigen, welche Frühlicht haben, kommen zwar erst in der dritten und vierten Stunde, bei längerer Schichtzeit noch später nach Hause. Aber diese erhalten auch jetzt in der Familie meist nur aufgeräumtes Mittagessen. Für sie müßten also die Familien bei den Ausgabezeiten der Gemeinde das Mittagessen mitnehmen und es dann warm halten bzw. frisch aufwärmen.

Wir können uns nur für eine Austeilung seitens der Gemeinden erwärmen. Der Preis muß aber ein mäßiger und die Qualität eine gute sein. Der Preis dürfte pro Portion 25 bis höchstens 30 Pf. betragen. Eine zahlreiche Familie kann sich sonst aus finanziellen Gründen nicht daran beteiligen, weil die Löhne hierzu meist nicht ausreichend sind. Die anderen Speisen, welche noch gebraucht werden, sind zu teuer, das an Kleidung geht gar nicht gedacht werden kann. Deshalb wäre ein in Massen hergestelltes, billiges und kräftiges Mittagessen sehr nötig.

Mit hochachtungsvollem Glück auf!

Poln. Berufsvereinigung, Abteilung Bergarbeiter (Sitz Böckum).

J. A.: Mantowski.

Gewerkverein der Bergarbeiter (S.-D.).

J. A.: Franz Schmidt.

Verband der Bergarbeiter Deutschlands.

J. A.: Sacke.

Gewerkverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands.

J. A.: Vogelhang.

Schutz den Armen.

Zimmer lauter werden die Hilferufe der Knappschaftsinvaliden und Witwen, sie doch nicht dem Elend preisgegeben. Die Lebensmittelpreise sind ungeheuer gestiegen, die Knappschaftspensionen dagegen noch ebenso niedrig wie vor Kriegsausbruch, so daß die Mehrzahl der nur von ihren Reichsinvaliden- und Knappschaftsrenten lebenden Invaliden am Hungertode nagen. Ebenso geht es den Witwen und den Waisen, die nicht soviel verdienen, um ihr Kostgeld zu bezahlen. Ja, der geringe Lohn des jugendlichen Arbeiters muß vielfach noch dazu dienen, die

anderen Familienmitglieder zum Teil mitzuhalten. Und selbst diejenigen, die noch keine Reichsinvaliden sind und als Annapfchaftsinvaliden leichten, aber demgemäß auch schlechter entlohnte Arbeit leisten, haben in der jetzigen Zeit mit der größten Not zu kämpfen.

Sowohl die Allgemeine Pensionskasse für das Königreich Sachsen, wie auch die Brückenberg-Bückener Pensionskasse haben durch Generalversammlungsbeschlüsse dem bei den Invaliden herrschenden Notstand Rechnung getragen und eine Teuerungszulage von monatlich 6 Mark bewilligt. Der Allgemeine Annapfchaftsverein Bochum, der sonst mit Reformen an der Spitze steht, hat leider in dieser Hinsicht noch nichts getan. Auf Anfragen, ob denn für die Invaliden, Witwen und Waisen nichts geschehen könne, wurde erwidert, daß die Belastung des Annapfchaftsvereins zu groß werden würde. Wenn eine Pensionserhöhung eingeführt werde, müsse auch mit einer Beitragserhöhung gerechnet werden. Eine solche stöße aber auf Widerstand von gewisser Seite.

Der Widerstand gegen höhere Beiträge kann nur von den Werkverretern ausgehen, da die Arbeiter in wahrer Kameradschaftlichkeit bereit sind, wenn die Belastung des Annapfchaftsvereins durch die Pensionserhöhung zu hoch wird, ihren Teil zu tragen. Die Werke aber werden wohl nicht damit kommen wollen, daß sie erhöhte Beiträge nicht zahlen könnten. Die Werkverreter sind auch während der Kriegsjahre weiter gestiegen. Wenn es deshalb die Herren Werkverreter mit der Fürsorge, von der sie sonst sehr viel zu erzählen wissen, ernst nehmen, werden sie bei einigem Nachdenken ihren Widerstand aufgeben müssen.

Doch nicht allein die Annapfchaftsrentner werden von der außergewöhnlichen Teuerung zu stark betroffen, sondern auch die krankfeiernden aktiven Mitglieder sind sehr schlimm daran. Die Not in der Familie steigt während der Krankfeierzeit immer mehr, die Schnittten Brot und Bröckchen Fleisch werden immer kleiner, geringe Ersparnisse, wenn solche vorhanden waren, werden aufgebraucht und Schulden müssen gemacht werden, um die Familie mit dem Notdürftigsten zu versehen. Das zwingt den Kranken, der noch nicht wiederhergestellt ist, sich aufzuraffen und die Arbeit wieder aufzunehmen zu seinem und zum Schaden der Krankenkasse. Denn der nicht völlig Genesene ist den Anforderungen nicht gewachsen, er bricht nach kurzer Zeit wieder zusammen und die Folge ist eine desto längere Krankfeierzeit, ja manchmal das Erlöschen des schwach genährten Lebensflämmchens. Der Annapfchaftsverein würde daher sowohl in seinem wie im Interesse seiner Mitglieder handeln, wenn das Krankengeld erhöht würde.

Als wöchentliche Ration für einen Marinedaten gelten:

300 Gr. Rindfleisch, 300 Gr. Erbsen, 455 Gr. Butter, 750 Gr. Schweinefleisch, 500 Gr. Weizenmehl, 340 Gr. Zucker, 800 Gr. Kartoffeln, 200 Gr. Bohnen, 150 Gr. Reis, 3000 Gr. Karotten, 106 Gr. Salz, 105 Gr. Kaffee, 300 Gr. Bohnen, 5250 Gramm Brot, 21 Gr. Tee, 0,11 Liter Essig.

Eine dreifache Marineration gilt als erforderlich für eine vierköpfige Arbeiterfamilie. Diese Lebensmittel kosteten nun in dreifachem Quantum nach Calwers Statistik im Jahresdurchschnitt:

1912 . . . 25,50 Mf. 1914 . . . 25,07 Mf.
1913 . . . 25,60 Mf. 1915 . . . 34,35 Mf.

Es kosteten nach Calwers Statistik im Juni 1915 in Dortmund:

300 Gramm Rindfleisch	1,50 Mf.
750 " Schweinefleisch	2,70 "
500 " Schmelzfleisch	2,55 "
150 " Reis	0,29 "
300 " Bohnen	0,27 "
300 " Erbsen	0,24 "
500 " Weizenmehl	0,23 "
200 " Kartoffeln	0,24 "
3000 " Karotten	0,45 "
5250 " Brot	2,10 "
455 " Butter	2,31 "
340 " Zucker	0,21 "
105 " Kaffee	0,75 "
106 " Salz	0,02 "
0,11 Liter Essig	0,02 "

Zusammen 14,76 Mf.

Eine dreifache Marineration oder die nötigen Lebensmittel für eine vierköpfige Arbeiterfamilie kam also im Juni 1915 auf 44,28 Mf. wöchentlich zu stehen, gegenüber 25,07 Mf. im Jahre 1914; demnach beträgt die Preissteigerung 72 Prozent. Dabei muß beachtet werden, daß hier nur Ausgaben für Lebensmittel in Betracht kommen, die sonstigen Bedarfsartikel haben sich aber in gleicher Weise verteuert. Danach läßt sich erweisen, in welcher traurigen Lage sich die Invaliden, Witwen und Waisen sowie die Krankfeiernden befinden.

Die durchschnittliche faktungsmäßige Höhe der Invalidenrente betrug im Jahre 1914 bei den Arbeitern im Bochumer Annapfchaftsverein für einen

Invaliden	192,55 Mf.
Krankheitsinvaliden	351,25 "
Invaliden überhaupt	322,85 "

Der vom Annapfchaftsverein selbst aufzubringende Betrag war 1914 durchschnittlich für einen

Invaliden	32,31 Mf.
Krankheitsinvaliden	351,25 "
Invaliden überhaupt	294,65 "

Niemand wird behaupten wollen, daß mit diesen Renten auszukommen wäre. Dabei gibt es sehr viele Annapfchaftsinvaliden, die, trotzdem man ihnen die Reichsrente noch nicht gewährte, keinerlei Arbeit mehr verrichten und etwas dazu verdienen können.

Der durchschnittliche faktungsmäßige Rentenanspruch einer Witwe betrug im Jahre 1914 für die

Invaliden	151,58 Mf.
Krankheitsinvaliden	191,55 "
Witwen überhaupt	184,16 "

Der Jahresbetrag einer Invalidenrentenrente betrug in demselben Jahre durchschnittlich bei Kindern von

Invaliden	37,35 Mf.
Krankheitsinvaliden	38,30 "
Invaliden überhaupt	35,15 "

Daß bei solchen Renten schon in gewöhnlicher Zeit Schmalhans Kassenmeister ist, kann nicht bestritten werden; nun so größer ist heute die Notlage, und darum haben die Annapfchaftsältesten der Bergarbeiterorganisationen neuerdings an den Annapfchaftsvorstand folgenden Antrag eingereicht:

Bochum, den 5. August 1916.

Die unterzeichneten Annapfchaftsältesten beantragen die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung. Zugleich beantragen sie, und soll dies auch Zweck der außerordentlichen Generalversammlung sein, die Invaliden- und Witwenrenten sowie die Erziehungsbeträge um 20 Prozent und das Krankengeld um 10 Prozent zu erhöhen. Die Kinderzulage soll bis zu vier Kindern angestrichen werden. Die Erhöhung dieser Aufsehlagen soll als Teuerungszulage gelten. Bei der Ren-

derung, das heißt, Erhöhung der Beiträge, kommen in Betracht die §§ 16, 31 33 und 35 des Annapfchaftsstatuts.

Wir geben uns der angenehmen Hoffnung hin, daß die Herren Teilnehmer der Generalversammlung, insbesondere die Herren Werkverreter, diesen Anträgen zustimmen.

Begründung:

Die Lebensmittel sowie alle Bedarfsartikel sind in den letzten Jahren, besonders während des Krieges, in ungeheurer Weise gestiegen. Besonders leiden die Invaliden, Witwen und Waisen unter diesen Teuerungsvhältnissen und wird dies auch überall angegeben.

Unsere Anträge bezwecken nun, dem Elend, das in diesen streifen herrscht, wenigstens in etwas abzuhelfen, indem die Annapfchaftlichen Leistungen um 20 Prozent bei Annahme unserer Anträge aufgebessert würden und damit schon eine kleine Hilfe geschaffen wäre.

Doch nicht allein die Vorgenannten sind der Hilfe bedürftig, sondern auch die aktiven krankfeiernden Mitglieder können mit dem Krankengeld nicht mehr bestehen und tut eine Aufbesserung dringend not, soll der Annapfchaftsverein nicht selbst mit Schaden leiden. Kranke sollten nicht noch bei ihren Leiden darben müssen und ist dies bei den fast unerschwinglichen Preisen der Lebensmittel heute sehr oft der Fall, besonders dort, wo eine zahlreiche Familie vorhanden ist. Bei schlechter Ernährung wird aber der Körper immer schwächer und lange Krankfeierzeiten sind die Folge. Deshalb unser Antrag auf Erhöhung des Krankengeldes, womit zugleich eine Erhöhung des Hausgeldes verbunden ist. Da bis jetzt die Kinderzulage nur bis zu drei Kindern bezahlt wird, beantragen wir, diese Zulage auch dem vierten Kinde zukommen zu lassen.

Wohl wissen wir, daß die Anträge den Annapfchaftsverein stark belasten, doch ist der Mangel, Annapfchaftsverein noch so kapitalarm, diese Belastung, ohne daß dabei Schaden erwächst, tragen zu können, da der Bergbau des Ruhrreviers sich weiter entwickelt und auf Jahrhunderte gesichert ist. Auch erlauben die §§ 105 u. 106 der Satzung dem Vorstand, die Beitragsleistungen so zu regeln, daß, wenn ohne Beitragserhöhung diese Aufbesserung nicht möglich wäre, geeignete Maßnahmen getroffen werden können.

Jede weitere Begründung glauben wir uns sparen zu können, da allen Teilnehmern der außerordentlichen Generalversammlung die Not bekannt ist, in der Invaliden, Witwen und Waisen sowie die krankfeiernden Mitglieder leben. Die Annahme unserer Anträge liegt ebenfalls im Interesse des Annapfchaftsvereins wie dessen Mitglieder und geben wir uns der angenehmen Hoffnung hin, daß die außerordentliche Generalversammlung sie einstimmig annimmt.

Mit hochachtungsvollem Blick auf!

(folgen die Namen der Vestehten.)

Es kommt nun auf die Werkverreter an, ob diesen so sehr Bedürftigen geholfen wird. Vom Annapfchaftsverein wird gewiß auf die starken Belastungen hingewiesen werden, die jetzt schon durch die bisherigen Einwirkungen des Krieges entstanden sind. Diese Belastungen bestehen, doch bedeuten sie für den Annapfchaftsverein noch keine Gefahr, da im Gebiete des Vereins nicht mit einem Abnehmen des Bergbaues zu rechnen ist; derselbe wird nach Jahrhunderten blühen und sich noch weiter entwickeln. Natürlich ist jetzt in den Kriegsjahren nicht an Heberdüsse zu denken, schon wegen dem großen Anfall an Beiträgen, den auszahlenden Renten und der Rückhaltung der Beiträge. Leben wir uns die Vermögensentwicklung des Annapfchaftsvereins in den letzten Jahren an, so finden wir, daß diese in den Friedensjahren eine sehr gute war. Das Vermögen stieg von 64.524,48 Mf. im Jahre 1902 auf 268.641,982 Mf. im Jahre 1913, also um 311,1 Prozent. Es betrug im Jahre 1911: 298.208,507 Mf., 1915: 315.413,230 Mf.

Der Ueberich in der Krankenkasse betrug:

1912	1913	1914	1915
3.749.167 Mf.	4.526.219 Mf.	2.075.508 Mf.	1.248.323 Mf.

Die Einnahme der Krankenkasse betrug im Jahre 1915: 15.822.316 Mf., die Ausgabe 17.581.007 Mf. Das Gesamtvermögen der Krankenkasse stieg trotzdem von 22.822.877 Mf. im Jahre 1914 auf 21.937.426 Mf. im Jahre 1915. Laut § 364 der Reichsversicherungsordnung müssen Krankenkassen eine Mittelage von mindestens einer Jahresausgabe nach dem Durchschnitt der letzten drei Jahre sammeln und in dieser Höhe halten. Diese Mittelage ist beim Bochumer Annapfchaftsverein aber schon längst vorhanden, und es kann einer 10-prozentigen Erhöhung des Krankengeldes nichts im Wege stehen.

Wiel härter als die Krankenkasse wurde natürlich die Pensionskasse durch die Einwirkungen des Krieges getroffen, aus schon vorher angegebenen Gründen.

Die Ueberich in der Pensionskasse (Arbeiter) betrug:

1912	1913	1914
16.532.657 Mf.	18.667.704 Mf.	16.137.020 Mf.

1915 war dagegen kein Ueberich, sondern ein Fehlbetrag von 581.421 Mark vorhanden. Die Einnahme betrug 20.092.336 Mf., die Ausgabe 20.673.785 Mf. Das Gesamtvermögen der Pensionskasse betrug 1914: 191.510.371 Mf., 1915: 202.088.346 Mf.

Also auch hier ist das Gesamtvermögen gestiegen, doch nicht der Belastung gemäß. Doch braucht man noch nicht um die Zukunft der Pensionskasse zu bangen. Sollte die Kasse die Pensionsleistungen von 20 Prozent nicht tragen können, so sind die Mitglieder bereit, entsprechend erhöhte Beiträge zu zahlen. Wären die Herren Werkverreter auch ihr Einverständnis dazu geben, damit man vom Allgemeinen Annapfchaftsverein weiterhin sagen kann, daß er auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge bahnbrechend vorgeht.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Menschenverluste des Weltkrieges.

Die in Kopenhagen bestehende „Studien-Gesellschaft für soziale Folgen des Krieges“ gibt soeben ihr zweites Bulletin heraus, das die „Menschenverluste im Kriege“ behandelt. Neben dem Gesamtcharakter der Schrift: sei vorausgeschickt, daß sie eine durchaus wissenschaftliche, unparteiische und von jeder tendenziösen Voreingenommenheit freie Untersuchung darstellt; wenn die Ergebnisse in manchen Punkten zweifelhaft und sogar anscheinbar widersprüchlich, so liegt das nicht am bösen Willen der Herausgeber, sondern an der Unzulänglichkeit und Lückenhaftigkeit des zur Grunde liegenden statistischen Materials. Die Einleitung betont, daß eine vollständige Erfassung der durch den Krieg verursachten Menschenverluste sich nicht nur auf die direkten Todesverluste beschränken dürfe, sondern auch noch folgende Punkte berücksichtigen müßte: Die Sterblichkeit unter den Kriegsgesangenen, die Verluste unter den Flüchtlingen, die Sterblichkeit unter der zivilen Bevölkerung überhaupt, den Staatsgeburtensrückgang. Es aber über diese Erörterungen so gut wie gar kein zuverlässiges Material vorliegt, so beschränkt sich die Arbeit auf die direkten Todesverluste und auch hier ist ein sehr wichtiger Punkt, nämlich die Ertränkungen im Meer, aus dem gleichen Grunde des Materialmangels für die Hauptuntersuchung ausgeschlossen worden. Die Ergebnisse stellen daher nur einen Teil der gesamten Menschenverluste des Krieges dar.

Was nun die von der Studien-Gesellschaft errechneten direkten Todesverluste anbelangt, so ist bemerkenswert, daß nach dieser, wie schon betont, rein wissenschaftlichen Schätzung der weitaus größere

Teil der Verluste auf die Seere der Ententemächte entfällt. Die Verluste unserer Gegner werden wie folgt berechnet:

	Tote	Verwundete	Tote und Verwundete	Substanz
Belgien	50 000	110 000	160 000	83 000
England	203 000	512 000	717 000	184 300
Frankreich	885 000	2 115 000	3 000 000	634 000
Italien	105 000	245 000	350 000	73 500
Ungarn	1 498 000	3 820 000	5 318 000	1 148 000
Serbien	110 000	140 000	250 000	42 000
Zusammen	2 553 000	6 042 000	8 595 000	2 082 800

Von diesen Zahlen können allerdings nur die auf England bezüglichen Anspruch auf eine Genauigkeit erheben, da ja England allein von unseren Gegnern keine Verluste anmeldet bekannt gibt. Die Zahlen der übrigen Länder beruhen auf zum Teil geschätzten Kombinationen und Berechnungen nach irgend welchen an die Öffentlichkeit gelangten Teilergebnissen, müssen aber doch — trotz aller Sorgfalt — der Abschätzung — mit Vorbehalt aufgenommen werden. Die Statistik hat sich bei allen Schätzungen an das Mindestmaß gehalten; wir können es wohl darauf zurückführen, wenn uns einige Resultate noch bedeutend hinter der Wirklichkeit zurückzuliegen scheinen; so hätte wir namentlich die italienischen Verluste für viel zu gering, und auch die französischen und russischen bei aller Größe dieser Zahlen noch als reichlich knapp berechnet.

Zusammen läßt sich aus der Tabelle manches Beachtenswerte herauslesen: Sie bestätigt von neuem die tiefen Verluste der Entente-Mächte, die selbst nach dieser sehr vorsichtigen Berechnung allein an Toten und Verwundeten — von Arrenten und Gefangenen ganz abgesehen — nahezu 10 000 000 Mann eingebüßt haben. Ein Vergleich der englischen und französischen Ziffern illustriert die Lage vieler Franzosen, daß England sein Blut spart, während das französische in Strömen fließt. Bei Ungarn ist beachtenswert der hohe Prozentfuß der Invaliden — fast ein Drittel der Verwundeten — ein trauriges Zeugnis für den Stand der russischen Heilung. Der russische Gesamtverlust mit Kranken und Gefangenen wird auf über 7 000 000 berechnet.

Krieg und Kultur.

Ein hundert Milliarden Mark Ausgaben hat der Weltkrieg in den am Kriege beteiligten Staaten zusammengezogen schon vorläufig, lange ehe die letzten Beistellungen erfolgt. 100 Milliarden sind 100 000 Millionen. Was hätte mit dieser fabelhaften Summe, die ausgegeben wurde, um Kulturmächten und Kulturfürsten zu gewähren, nicht an Kultur und Schöpfung, die Menschheit gefördert werden können. Eine schmerzliche Zeitungs-Veröffentlichung dieser Summe, ausgerechnet für Kulturzwecke, durch folgende Zusammenstellung zu veranschaulichen:

	in je Mf.	Mf.
12 000 Schulfächer	1 000 000	12 000 000 000
500 Waisenanstalten	1 500 000	750 000 000
1 000 Spitäler	800 000	800 000 000
2 000 höhere Schulen	1 200 000	2 400 000 000
50 Universitäten	5 000 000	250 000 000
3 000 öffentliche Bibliotheken	1 000 000	3 000 000 000
200 Museen	3 000 000	600 000 000
3 000 Alterspensionen	1 000	3 000 000 000
500 Armenhäuser	300 000	150 000 000
500 Lazarett-Häuser für Leprakranke	800 000	400 000 000
1 000 Sanatorien	2 000 000	2 000 000 000
2 000 Volkshäuser	50 000	100 000 000
500 Mäde	1 500 000	750 000 000
5 000 alkoholfreie Restaurants	100 000	500 000 000
2 000 öffentliche Parkanlagen	800 000	1 600 000 000
80 000 Wohnhäuser mit je sechs Zimmern, Park und Gartengrund	14 000	1 120 000 000
1 500 Bade- und Waisenanstalten	50 000	750 000 000
800 Gartenstädte mit je 1000 Häusern	30 000	240 000 000
1 000 000 Gartenplätze für Familien	800	800 000 000
2 000 Theater	4 000 000	8 000 000 000
5 000 Markthallen	1 000 000	5 000 000 000
1 000 Kinderheime	500 000	500 000 000
5 000 Gewerkschaften	4 000 000	20 000 000 000
5 000 Mäde- und Hochschulen	1 000 000	5 000 000 000
3 000 Vereinshäuser	1 000 000	3 000 000 000
10 000 Sportplätze	25 000	250 000 000
500 000 landwirtschaftliche Maschinen	600	300 000 000
1 000 000 Stück Großvieh	500	500 000 000
300 000 Bauernhöfe	10 000	3 000 000 000
Zusammen		100 000 000 000

Zwischen hat der Kulturzerstörer Krieg nun 100 Milliarden verschlungen und noch in kein Ende sichtbar. Bis August d. J. wurden die Kriegsausgaben aller beteiligten Staaten auf 200 Milliarden Mark geschätzt. Als vor mehr als zwei Jahren die Sozialdemokratie in Stadt und Land, die das Verhängnis heranziehen sah, ihre Versammlungen „Gegen den Krieg“ zusammenrief — wie viele haben da überlegen geschaut, die heute unter den Schlägen des Ungeheuers sich krümmen und schier zusammenbrechen? Wie viele spotteten der Gefahr oder ließen sie leichtfertig vorbeiziehen und ahnten nicht, was sich hinter dem rohen Bohren der Kriegserklärung verbarg! Sie alle, die den Kriegsbegriff mit Dürre und Guffa begrüßten, die singend durch die Straßen zogen, sind stumm geworden, und anders als ehemals sehen sie heute hinter den Ausmarschierenden her, die auf den nächsten Wahlsitz zielen, um draußen am furchtbaren Feind zu helfen. Ein Werk, das reißlos zu erfüllen uns die Feinde zwingen, da sie in ihrer Verblendung auf ihrem wahnsinnigen Plan bestehen, Deutschland auf die Knie zu zwingen.

Kriegsprofite und Kriegslust.

Der Nationalökonom des Zentralverbandes der Industriellen, Steinmann-Wagner, schreibt in einem von ihm verfaßten Buche u. a.: „Es ist geradezu zu einer Hochkonjunktur des Krieges gekommen, bei der Staat und einzelne nicht nur zur Not fortkommen, vielmehr wirtschaftlich gedeihen, ja glänzende Geschäfte machen und leicht dazu neigen können, den Krieg als einen gewaltigen Gewinn von wirtschaftlichen Seiten, das Kriegsgewinn als ein besonders erfolgreiches Gewerbe zu betrachten. . . . Soweit unsere wirtschaftlichen Interessen in Frage stehen, so besteht eine allgemeine Uebereinstimmung zwischen den breitesten Schichten des deutschen Volkes, daß ein Zustand, der bei hohen Preisen hohe Löhne und gewisse Gewinne gewährt, eigentlich erträglich und erträglich zugleich ist. . . . Das friedliche deutsche Volk, das über vier Jahrzehnte keinen Krieg geführt und sich mit der ruhigen, geduldsfertigen Friedensarbeit in dieser Zeit begnügt hat, hat nun, das mögen sich die feindseligen Völker gesagt sein lassen, sozusagen den Boden gewonnen und am Kriege Geschmack gefunden, und es könnte leicht sein, daß es fortan geneigt wäre, sich öfters als bisher im Kriegsgewinn zu üben oder gar bis auf weiteres nach der einen oder anderen Seite, z. B. gegen den „Verheerender der Meere“, einen dauernden Krieg zu führen.“ Dieser Schmunzeln auf die Kriegsprofite und deren psychologische Wirkungen auf ihre Nutznießer paßt nun selbst dem Zentralverbande deutscher Industrieller nicht recht in seine Karten. Er bezeugt daher in der „Deutschen Arbeitszeitung“ das Buch Steinmann-Wagners als dessen Privatarbeit, kann sich aber selbstverständlich dadurch nicht davon frei machen, daß der Verfasser bisher anerkannter Schriftsteller der „Mitteilungen des Kriegsausbeuges der deutschen Industrie“ war und noch ist, also eines Organs, das gemeinsam mit Zentralverbande deutscher Industrieller und dem Bunde der Industriellen herausgegeben wird.

Soziales Recht — Arbeiterversicherung.

Das Kapitalabfindungsgezet.

Der Reichstag hat ein Reichsgesetz angenommen, das den Kriegsgeschädigten und Kriegserwerbslosen die Möglichkeit geben soll, sich mit Hilfe eines Kapitals auf eigener Scholle ansäßig zu machen oder vorhandenes Vermögen zu erhalten und zu stärken. Zur Unterrichtung der Beteiligten sind von amtlicher Stelle die Grundzüge des Gesetzes in nachstehendem kurz zusammengefaßt worden:

Personenkreis. Das Gesetz umfaßt die zur Klasse der Unteroffiziere und Gemeinen gehörenden Personen des Soldatenstandes, der Kaiserlichen Marine und der Schutztruppen, die Angehörigen des auf

Eine Belegschaftsversammlung der Zeche Weiskalen

In Weiskalen fand am 6. August bei Sandgathe statt mit der Tagesordnung: Bericht des Ausschusses über seine Tätigkeit; 2. Vortrag über die wirtschaftliche Lage der Bergarbeiter; 3. Verschiedenes. Zunächst wurde mitgeteilt, daß nicht, wie ursprünglich auf den Handzetteln steht, der Arbeiterausschuß der Einberufung der heutigen Versammlung sei, dieselbe sei vielmehr auf Wunsch der Belegschaft einberufen worden. Der Ausschuss gab sodann einen Bericht über den Stand der Unterstützungskasse. Der Bestand betrug bei Beginn des Krieges 24.888,48 Mark; vom 1. August 1914 an Einnahmen 1,9 Prozent Kriegszuschlagung gleich 70.830,40 Mk.; an Einnahmen 22.417,78 Mk.; Lohnpfennige, die nicht zur Auszahlung gelangten und Lohnbücher 1544,81 Mk.; zusammen 100.821,09 Mk. Ausgegeben wurden an Kriegszuschlagung 85.225,80 Mk., an Arbeiterunterstützungen 10.683 Mk., zusammen 95.909,60 Mk. Gegenwärtig ist ein Bestand von 83.000 Mk. vorhanden.

Der weiteren Berichterstattung war zu entnehmen, daß der dem Arbeiterausschuß von einzelnen Belegschaftsmitgliedern gemachte Vorwurf, er vertrete die Interessen der Belegschaft nicht genügend, unberechtigt ist. Beschwerden, welche dem Ausschuss von der Belegschaft unterbreitet wurden, sind in den einzelnen Sitzungen zur Sprache gebracht und teilweise sei auch Abhilfe geschaffen worden. Wenn nicht mehr erreicht werden sei, so läge das teilweise auch an den Belegschaftsmitgliedern, die in Verhandlungen gegenüber dem Ausschuss nichts leisteten, es aber nicht für notwendig erachteten, sich der Organisation anzuschließen, um ihre Beschwerden mit Nachdruck vertreten zu können. Dieses sei sehr bedauerlich und würde zum Nachteil auch der organisierten Kameraden von den Beamten ausgenutzt.

Wenn die Arbeiter gegen die Bestimmungen der Arbeitsordnung verstoßen oder gegen die sonstigen gesetzlichen Bestimmungen, würden sie bestraft, die Beamten könnten sich aber vielfach ungestraft darüber hinwegsetzen. So sei den Arbeitern entgegen der Verfügung des Ministers Herr Dr. Ebdow befohlen worden, die Wagen zu kränzen. Wagentypen zum Nachschicken nicht genügend beladener Förderwagen sei entgegen der ministeriellen Verfügung gleichfalls angeordnet worden. Einige Beamte scheuten nicht, dabei zuzusehen, die Arbeiter zu schlagen.

Ein recht wunder Punkt sei die Behandlung der österreichischen Kriegesfrauen. Weil die Familienunterstützung dieser Frauen etwas höher sei als der deutschen, erhielten sie aus der Unterstützungskasse weniger. Die jetzt noch auf der Grube beschäftigten österreichischen Kameraden seien nicht mehr gewillt, noch weiter 2 Prozent vom verdienten Lohn in die Unterstützungskasse abzuführen, wenn hier nicht Veränderung geschaffen würde. Die Frauen der österreichischen Kriegesfrauen seien so schon benachteiligt, weil sie diverse Lebensmittel teurer bezahlten als die Frauen der deutschen Kriegesfrauen. Die Lebensmittelverteilung seitens der Zeche ließe sich gleichfalls vieles zu wünschen übrig. Seitens der Zeche würden allerhand Lebensmittel: Sauerware, Schinken, Speck (Pfd. zu 2,00—2,20 Mk.), Eier, Erdbeeren, Stachelbeeren gegen Abgabe von Ammoniak bei den umliegenden Landwirten eingetauscht. Ein Landwirt habe nur 50 Ctr. abgeliefert, da sei demselben gesagt worden, dafür könne er noch keinen Ammoniak erhalten, er solle erst Schinken und Speck bringen, dann ließe sich darüber reden. Es habe schon vielfach böses Blut erregt, daß einige Frauen an die Zeche extra Lebensmittel verteilen ließen. Auf Zeche Weiskalen würden die gegen Ammoniak eingetauschten Lebensmittel in erster Linie an die Beamten verteilt; sogar ledige Bureaubeamte würden bedacht. Es würde von den Beamten sehr erheblich gehandelt, wodurch sich die Arbeiter sehr benachteiligt fühlten. Der Vorrede wurde dadurch sehr stark gefährdet.

Eine Anzahl Beamte, die unter Führung des Jahrsleiters Doncit der Versammlung beiwohnten, kritisierten den ihnen gemachten Vorwurf der Kameraden nicht ab, sondern schwiegen sich aus. Warum wohl? Ein Sprichwort sagt: „Wer schweigt, gibt zu.“ Eine eingebrachte Resolution, die einstimmige Annahme fand, verlangt Abschaffung der bestehenden Wirtschaft sowie eine baldmöglichste Verhandlung zwischen Arbeiterausschuß und Generaldirektion. Sollte hier den Wünschen der Belegschaft nicht Rechnung getragen werden, so soll in aller nächster Zeit eine weitere Belegschaftsversammlung stattfinden, in welcher über eine notwendige Maßnahmen beraten und beschlossen werden soll. 25 Kameraden erklärten am Schluß der Versammlung ihren Beitritt zum Bergarbeiterverband. Bravo!

Provinz Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Belohnungen auf den Niederischen Montanwerken.

Die Niederischen Montanwerke A.-G. zu Halle gewähren im Hinblick auf die Werte in dem Verlauf des Krieges an das schaffende Volk anlässlich der zweiten Wiederkehr des Tages der Mobilisierung ihren Arbeitern und Beamten in besonderer Anerkennung ihrer Leistung eine Belohnung in der Gesamthöhe von etwa 105.000 Mark. Durch Anschlag auf den Gruben ist den Arbeitern bekannt gegeben worden, daß die Belohnung am 11. August in Form eines 25-fachen Betrags der bisher gewährten Teuerungszulage ausbezahlt wird. Unter den Arbeitern ist die Anschauung verbreitet, daß eine dauernde Lohn-erhöhung weit mehr am Platze war als solche Extra-Belohnungen. Die Gewinnergebnisse der Gesellschaft gestatten auch ausreichende Lohn-erhöhungen, wie sich aus unserer Zusammenstellung in Nr. 30 der „Bergarb.-Ztg.“ einwandfrei ergibt.

Saargebiet und Reichslande.

Belegschaftsversammlung in Merlenbach.

Am 8. August fand in Merlenbach, im Lokale des Kameraden Krämer, eine gut besuchte Belegschaftsversammlung des Schachtes V der Saar- und Moselgruben statt. Kamerad Haber erstattete Bericht über die letzte Grubenausführung. Er betonte, daß der Betriebsdirektor erklärt hätte, sich auf seine allgemeine Lohnerhöhung einzulassen, wenn die Bedingungslohn seien seit Ausbruch des Krieges gestiegen und sollen weiter steigen. Die Sauerlöhne hätten vor dem Krieg auf 6,18 Mk. gestanden und seien heute auf 6,90 Mk. gestiegen. Der Gesamtlohn der unterirdischen Belegschaft wäre von 5,01 auf 5,72 Mk. gestiegen einschließlich der Kriegszuschlagung. Der Lohn der Schachtarbeiter wäre von 3,75 Mk. auf 5,79 Mk. und der Lohn der Tagesarbeiter von 3,62 auf 4,11 Mk. gestiegen. Eine Aufbesserung der Schichtlöhne wurde vom Herrn Betriebsdirektor als berechtigt anerkannt und soll vom 1. August ab eine Aufbesserung erfolgen. Vom Kameraden Haber auf den Durchschichtlohn der Sauer im Ruhrrevier hingewiesen, erklärte Herr Haber, solche Löhne nicht zahlen zu können. Der in der Sitzung anwesende Herr Inspektor meinte, den Lohn wie er im Ruhrrevier gezahlt würde, nicht geben zu können, denn die Kumpels würden nicht so schufteln, auch nicht so schweigen wie die Ruhrkumpels. Betreffend der Lebensmittel wurde der Ausschuss an die Gemeinden verwiesen, da es der Verwaltung nicht möglich wäre, solche zu beschaffen. In der Diskussion wurde festgestellt, daß noch sehr niedrige Löhne gezahlt werden, z. B. 5,20, 5,40, 5,60, 5,74 Mk. usw. Bei einigen Arbeitern ist der Lohn noch gestiegen; so erhielten die Solomontschützler vor dem Krieg 5,60—5,90 Mk., heute noch 5,20 Mk. pro Schicht. Die Versammlung nahm einstimmig Kenntnis von der ablehnenden Haltung der Betriebsdirektion und beauftragte den Arbeiterausschuß und unsere Bezirksleitung, die Sache dem Generalkommando zu unterbreiten. Dies soll nach Einlangen der Lohnbücher bei der nächsten Lohnung geschehen. Es wurde nun am Schluß der Versammlung folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heute, im Lokale des Kameraden Hinkel Krämer-Merlenbach stattgefundene Belegschaftsversammlung des Schachtes V erklärt noch reichlicher die Sprache unter Berücksichtigung der gegebenen Verhältnisse, daß die Steigerung der Löhne eine ungenügende ist und in ganz keinem Verhältnis zur jetzigen Teuerung steht. Mit Löhnen von 5,20, 5,40 und 5,60 Mk. usw. kann der Unterhalt einer Familie nicht bestreiten werden; eine Erhöhung der Löhne ist daher eine unbedingte Notwendigkeit. Die von der Verwaltung angeführte Lohnsteigerung ist nicht durch Erhöhung der Löhne erfolgt worden, sondern durch die vielen Überhörschichten bzw. Überanstrengung. Das hat aber eine natürliche Grenze; beim jetzigen Zustande ist ein Verfall der Arbeitskräfte unausweichlich. Um nun die Arbeitskraft der Belegschaftsmitglieder zu erhalten, fordert die Belegschaft eine sofortige Lohnerhöhung für sämtliche Belegschaftsmitglieder, und zwar im Interesse der Belegschaft und der Verwaltung selbst sowie im Interesse des Volksganges.“

Mit gelegentlicher Entzündung und Zustimmung zu einer Resolution wird nichts erreicht, sondern nur durch Anschlag an die Organisation. Schuld an den mangelhaften Verhältnissen tragen hauptsächlich nur diejenigen Arbeiter, die es bisher nicht für notwendig hielten, sich unserem Verbande anzuschließen.

An unsere Verbandsmitglieder!

Vielfach melden sich die vom Militärdienst zur Grubenarbeit entlassenen, beurlaubten (reklamierten) oder abkommandierten Kameraden nicht rechtzeitig bei der Ortsverwaltung der Zählstelle an. Die zur Arbeit beurlaubten Kameraden sind oft der Ansicht, daß sie noch im Militärverhältnis ständen und deshalb keine Beiträge zahlen brauchen. Diese Ansicht ist falsch. Wir machen deshalb darauf aufmerksam, daß alle Mitglieder, die vom Militärdienst zur Grubenarbeit entlassen, beurlaubt oder abkommandiert sind, sich ungekündet bei ihrer Zählstellenverwaltung anzumelden haben. Nur solchen gilt sofort meldenden Mitgliedern kann auch die Militär- bzw. Kriegsdienstzeit als Mitgliedszeit angerechnet werden.

Wer sich weder bei einer Zählstellenverwaltung noch beim Vorstand meldet, geht seiner vor der Einberufung erworbenen Ansprüche an den Verband verlustig.

Wir bitten alle Mitglieder die vom Kriegsdienst entlassenen Mitglieder auf diese Bekanntmachung aufmerksam zu machen.

Der Verbandsvorstand.

Süddeutschland.

„Ich brauche den Verband nicht!“

Stolz wie ein Spanier spricht so mancher Kumpel, wenn er erfragt wird, sich zu organisieren: „Ich brauche den Verband nicht!“ So hatte sich auch ein unorganisierter Bergarbeiter in Penzberg (Oberbayern) vernehmen lassen. Wie unsere Kameraden darauf antworteten, ist nicht erzählt zu werden. Unlängst machte die oberbayerische Sängergesellschaft „Die Lützeler“ in Penzberg bekannt, sie werde am nächsten Sonntag im Restaurant „Glocken“ eine Vorstellung geben. Zwecks Verschönerung des Festes habe sich der Herr Soudo, ein vorzüglicher „Sargenschläger“ (Schuhplattler) zur Mitwirkung bereit erklärt. Dieser Sargenschläger ist aber eben der Bergmann, der nach seiner Erklärung „den Verband nicht braucht“. Als der Name des Sargenschlägers bekannt wurde, wählte unsere Penzberger Mitgliedschaft, was sie zu tun hatte: „Braucht der unser Verband nicht, dann brauchen wir sein Sargenschläger nicht!“ Als die Vorstellung begann, hatten sich in dem großen Saal des Restaurants „Glocken“ so wenig Männer und Weibchen eingefunden, daß kaum zwei Tische besetzt waren. Einmütig waren die Verbandsmitglieder dem „Sargenschläger“ (sonst eine starke Zugkraft) ferngeblieben! Nicht nur unsere Mitglieder lehnten die Vorstellung ab, sondern auch die Mitglieder des örtlichen Gewerkschaftsvereins blieben fern, auch ihr Vertreter erklärte: „Wer sich nicht gewerkschaftlich organisiert, der darf nicht auf gewerkschaftliche Unterstützung rechnen!“ Und so fiel die ganze Vorstellung gründlich ins Wasser. Das kommt davon, wenn man „den Verband nicht braucht“. Wurst wider Wurst!

Lohnforderungen auf Grube Reichenberg.

Der Arbeiterausschuß der Staatsgrube Reichenberg hat sich, beauftragt von der Belegschaft und abgeordnet durch die argen Teuerungverhältnisse, genötigt gesehen, bei der Verwaltung folgenden zu beantragen: 1. Allgemeine Lohnerhöhung von 10 Pf. pro Schicht für alle Arbeiter. 2. Bessere Entlohnung der Förderleute, die Sauerarbeit verrichten. 3. Vergütung des Urlaubs wie vorzeitig (die Staatsgrubenverwaltung gewährt den Arbeitern, welche 10 Jahre auf der Zeche arbeiten, jährlich 4. solchen, die 20 Jahre arbeiten, jährlich 2 Tage Urlaub mit Verdrehung. Wegen des Arbeitermangels ist vorzeitig der Urlaub ausgefallen, die betreffenden Arbeiter haben dafür 2 Mark pro entgangener Urlaubstag vergütet erhalten. Das gleiche mußten sie diesjährige.) 4. Kostenlose Abgabe des Gehäuses. 5. Abgabe von Hausbrand an alle verheirateten Arbeiter, an die Kriegesfrauen und Genossinnen heute erhalten nur solche aktive Belegschaftsmitglieder, die mindestens 9 Jahre hier arbeiten, den Hausbrand.) 6. Fortsetzung von Grubenarbeiten zu Sauer, nachdem sie 6 Jahre Dienstzeit haben und Sauerarbeiten verrichten. 7. Vergütung für die ordentlichen Arbeiterausschussführungen. 8. Einführung von Lohnbüchern statt der bisherigen Lohnzetteln. Schon am 10. Juli waren diese Anträge der Verwaltung überreicht. Am 26. hatte der Herr Bergmeister Kaufmann eine Besprechung mit unserem Ausschussmitglied, der vor dem Verwaltungsdirektor die Notwendigkeit einer Lohnaufbesserung dringlich begründete. Herr Kaufmann erklärte, von sich aus keine Zusage machen zu können, er werde aber an die Oberverwaltung nach München berichten. Burett haben wir darüber noch keine weiteren Nachrichten.

In zwei Versammlungen, vormittags in Hohenpeissenberg, nachmittags in Unterpeissenberg, sprach unser Kamerad Hue über die wirtschaftlichen Lehren des Krieges für die Bergwerksarbeiter. Der Referent machte es den Versammelten recht anschaulich, was seitens der Verbandsleitung während des Krieges alles im Interesse der Arbeiter getan und auch schon erreicht worden sei. Nur Zirkel könnten heute noch sagen, die Organisation sei überflüssig. Wenn der Krieg beendet sei, dann habe der Verband erst recht große Aufgaben zu erfüllen und bedürfe er dazu die Mithilfe aller Kameraden. In der Diskussion wurden diese Ausführungen nach bekräftigt und war der Erfolg die sofortige Gewinnung mehrerer neuer Mitglieder.

Belegschaftsversammlungen der Grube St. Ingbert.

Am 6. August fanden für die königliche Steinkohlengrube St. Ingbert in den Ortschäften St. Ingbert, Gaffel und Witzbach Belegschaftsversammlungen statt. Der Grubenaussschuß erstattete Bericht über die letzte Ausschüttung. Ein erfreulicher Bericht konnte nicht gegeben werden, denn die Sitzung wurde ergebnislos abgebrochen. Herr Generaldirektor Kleiber aus München war in dieser Sitzung selbst anwesend, wollte aber von einer Lohnerhöhung nichts wissen, sondern erklärte, daß die Löhne gestiegen seien und weiter steigen sollen. Betr. Versorgung der Belegschaft mit Lebensmitteln ist seitens der Generaldirektion nicht das geringste getan worden. Die Belegschaft nahm einstimmig davon Kenntnis. In der Diskussion wurden Stimmen laut, überhaupt keine weiteren Verhandlungen mehr mit der Verwaltung zu pflegen, denn jede friedliche Verständigung wäre aussichtslos. Es wurde beschlossen, eine Deputation zum Minister zu senden, die aus zwei Ausschussmitgliedern und je einem Vertreter der in Betracht kommenden Organisationen, nämlich unserem Verbande und dem christlichen Gewerksverein bestehen soll. Zum Schluß fand dann folgende Resolution in allen Versammlungen einstimmig Annahme:

„Die heute, in den Lokalen Reiter-St.-Ingbert, Thomas-Gaffel und Reichenauer-Wiederrückbach versammelten Belegschaftsmitglieder der Grube St. Ingbert erklären nach reichlicher Aussprache unter Berücksichtigung der gegebenen Verhältnisse, daß seit der letzten Versammlung der Lohn der Belegschaft nicht genügend gestiegen und bezüglich der Versorgung von Lebensmitteln keine Besserung eingetreten ist. So wurden z. B. in den Abteilungen Peters und Müller für den Monat Juni Brutto-Sauerlöhne von 5,86, 5,90, 5,91 Mk. usw. ausbezahlt. Daß derartige Löhne in der heutigen Zeit zum Lebensunterhalt nicht ausreichen, braucht wohl nicht näher begründet zu werden. Wollte nämlich eine jedw. bis achtstellige Familie alles, was sie auf Grund der geleisteten Lebensmittelfaktoren zu beanspruchen hat, kaufen, so würde ein Lohn von 8 Mk. bei weitem dazu nicht ausreichen. Auch die Unfallrentner und Kriegsinvaliden, die wieder auf der Grube beschäftigt sind, werden nicht genügend entlohnt. Die Schichtlöhner wünschen ebenfalls eine weitere Erhöhung der Löhne. Bezüglich der Versorgung der notwendigen Lebensmittel wünscht die Belegschaft, daß die Grubenverwaltung und die Agt. Generaldirektion sich unverzüglich mit den

in Frage kommenden Behörden in Verbindung setzen, damit die von den höchsten Regierungsstellen ausgehenden Anregungen endlich in die Tat umgesetzt werden. Die Erfüllung unserer Wünsche soll uns ein Vorposten sein zur Aufrechterhaltung der hohen Leistungen des Bergbaues und der Industrie sowie zum Weiterarbeiten und Weiterdurchhalten bis zum siegreichen Kriegsende.“

Gelegentliche Entzündung und Resolutionen haben solange nicht den gewünschten Erfolg, als es noch Unorganisierte gibt. Dieser größten Gegner im eigenen Lager gilt es zunächst zu beseitigen, wenn durchgreifende Besserung eintreten soll.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 34. Woche (vom 13. bis 19. August 1916) fällig. Wir bitten unsere Kameraden, um pünktliche Zahlung der Beiträge besorgt zu sein.

Verbandsmitglieder! Werst stets neue Mit-
glieder für den Verband! Führt die jetzt zahlreich auf den Werken beschäftigten Arbeiterinnen und Jugendlichen unserm Verbande zu!

Der neue Post- und Telegraphentarif

Ist am 1. August 1916 in Kraft getreten, worauf wir nochmals hinweisen. Danach beträgt im inneren Verkehr des Reichspostgebietes, im Verkehr mit Bayern, Württemberg, sowie mit den Verkehrsanstalten im Generalgouvernement Warschau und im Stappengebiet des Oberbeschlusses Ost

das Porto:

Briefe bis 20 g	15 Pf.	Briefe mit Wertangabe	
über 20—250 g	25 "	in der 1. Zone	25 Pf.
Erbsenbriefe bis 250 g	25 "	darüber hinaus	50 "
Briefe der Kontinentalen		Pakete bis 5 kg	
an die Postfachämter	7 1/2 "	in der 1. Zone	80 "
Postkarten	5 "	darüber hinaus	80 "
Mehrpostbriefe	35 "	Pakete über 5 kg	
Mehrpostkarten	30 "	in der 1. Zone	10 Pf. mehr als bisher.
Postauftragsbriefe	35 "	darüber hinaus	20 Pf. mehr als bisher.

Für Briefe, Postkarten und Postauftragsbriefe nach Österreich, Ungarn und Bosnien-Herzegowina, für Briefe und Postkarten nach Postanstalten des österreichisch-ungarischen Militärgeneralgouvernements Berlin sowie für Wertbriefe und Pakete nach Österreich und Ungarn sind die gleichen Gebühren wie für Sendungen des inneren deutschen Verkehrs zu erheben; über die Gebühren für Wertbriefe und Pakete nach Luxemburg geben die Schalterstellen Auskunft.

Ferner beträgt die Gebühr:

für Telegramme im Stadtverkehr	40 Pf.	für Telegramme im sonstigen in-	
bis 5 Wörter		ländischen Verkehr	
über 5—10 Wörter für		bis 5 Wörter	60 Pf.
jedes Wort	2 Pf. mehr	über 5—10 Wörter für	
über 10 Wörter für		jedes Wort	2 Pf. mehr
jedes Wort	5 Pf.	über 10 Wörter für	
		jedes Wort	7 Pf.

Unverändert bleiben die Gebühren:

1. für Drucklagen, Warenproben, Postfachverkehr, Geschäfts-papiere, Postanweisungen, Zeitungen;
2. für Geldpostsendungen und Geldanweisungen (mit Ausschluß solcher in rein gewerblichen Angelegenheiten der Absender oder Empfänger);
3. für Sendungen nach dem oben nicht genannten Auslande, (wegen der Abweichungen im Grenzverkehr mit Dänemark, den Niederlanden und der Schweiz erteilen die Schalterstellen Auskunft.)

Bisherrevisionen.

In folgenden Zählstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit den Revisionen unnötige Wege erspart bleiben:

- Eigen. Vom 3. bis 17. September.
Saar-Nord. Vom 15. bis 31. August.
Nieder-Sprockhövel. Vom 15. bis 30. August.
Schönebeck. Vom 9. bis 30. August.
Schüren. Vom 1. bis 15. September.
Studenbusch. Vom 13. bis 20. August.

Rechtschutz betreffend.

Rechtschutz wird erteilt für den Bezirk Aachen im Bezirksbureau zu Aachen (Thomasstr. 21) jeden Dienstag den ganzen Tag; für den Bezirk Köln im Arbeitersekretariat zu Köln, Severinstr. 199, in dem vom Sekretariat festgesetzten Sprechstunden.

Die Ortsverwaltungen werden gebeten, in den Mitgliederversammlungen darauf hinzuwirken, daß die angelegten Sprechstunden eingehalten werden, damit die Kameraden keine vergeblichen Wege zu machen brauchen.

Adressenveränderungen.

Weidrich I. Der Vertrauensmann Dietrich Sevenscheld wohnt jetzt Weidrich, Röscher Straße 49.

† Sterbetafel †

Auf den Schlachtfeldern sind gefallen:

Friedrich Masch, Saar-Nord.	Otto Fante, Lützendorf.
Heinz Fante, Dorsten.	Fritz Wabbel, Hilt.
Matth. Krumpal, D.-Neuenkamp	Jacob Kasper, Erkenschwid.
Fritz Gedeke, Krefeld.	Sugo Reh, Schanze.
Max Meinel, Völs.	Wilhelm Seiner, Kunzenhof.
Friedrich Hoffmann, Bredel.	Josef Reh, Lünen-Süd.
Gustav Rogowski, Hilt.	Gustav Kreuz, Ebing II.
Fritz Wabbel, Hilt.	August Schmitz, Schönebeck.
Wilhelm Schmitt, Eidel I.	Otto Schulz, Bommern.
Johann Schiermann, Eidel I.	Max Jäger, Dortmund I.
Paul Nowack, Dortmund I.	Johann König, Methmar.
Wilhelm Stoll, Dortmund I.	Heinrich Josten, Bochum II.
Ernst Wülfel, Friedrichsgrün.	Ernst Weidlich, Rausel-Schwerin.
Ernst Emil Meier, Delbüh.	Wilhelm Berger, Ralkhausen.
Andr. Böhler, Weissenberg-Heiden.	Willy Schindler, Ralkhausen.
Joh. Böller, Weissenberg-Heiden.	Josef Klein, Penzberg.
Willy Schindler, Langendreer I.	Georg Simmel, Penzberg.
Paul Wenzig, Gladbeck II.	Georg Rosenberger, Penzberg.
Ernst Friedrich, Witzbach.	Germann Pohl, Marten. (3105)

Wir werden das Andenken der Gefallenen in Ehren halten!

Erklärung.

Von einzelnen Belegschaftsmitgliedern ist verbreitet worden, ich sei in einer gelben Werksberksversammlung gewesen und sei auch Mitglied des Werksberks. Ich erkläre diese Behauptung für unmaß und warne vor Weiterverbreitung. Ich bin nach wie vor Mitglied des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands.

Hamborn, 13. August 1916.

Kaspar Rode.

Was die Ruhr mir sang.

Geschichte von H. Kämpchen.

Dritter Band.

Preis für Mitglieder des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands 75 Pf. Im Buchhandel 1 Mark.